



Erklärung des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel MdB, zur Diskriminierung und Verfolgung der Sufis und der Baha'i in Iran:

„Ich fordere die iranische Regierung dazu auf, die sich in Haft befindenden Anhänger religiöser Gruppierungen wie der Sufis und Baha'i freizulassen und die religiös motivierte Verfolgung zu beenden. Niemand darf aufgrund seines Glaubens oder seiner Religion diskriminiert werden. Insbesondere in Anbetracht der potentiellen erneuten Verhandlungen zu einem Nuklearabkommen mit Iran darf die Weltgemeinschaft ihre Augen nicht vor dem Leid dieser Menschen verschließen. Ein erneutes Abkommen muss auch ganz klar an die Einhaltung von Menschenrechten geknüpft sein.“

Religiöse Minderheiten in Iran sind oft schwerer Anfeindung und Diskriminierung ausgesetzt. Anders als Christen, Juden und Zoroastrier sind die Baha'i und die Anhänger sufistischer Orden nicht anerkannt und werden von der schiitisch geprägten Regierung als „Häretiker“ betrachtet. Sie werden systematisch überwacht und verfolgt.

Auch weiterhin befinden sich zahlreiche Derwische und Baha'i aufgrund ihres Glaubens in Haft, einige von ihnen unter lebensbedrohlichen Bedingungen. Immer wieder kommt es zu Folter. Seit 2018 sind mindestens drei Derwische des sufistischen Gonabadi-Ordens in Hausarrest oder Haft verstorben. Am 1. April gedenken die iranischen Sufis dem Tod von Behnam Mahjoubi, einem Derwisch, der im vergangenen Februar in iranischer Haft verstarb.

Mitglieder der Baha'i-Gemeinschaft im nordiranischen Dorf Ivel werden von ihren Grundstücken vertrieben. Bildungseinrichtungen und Gebetshäuser werden oftmals angegriffen oder gar zerstört. Kinder werden eingeschüchtert, der Zugang zu höherer Bildung wird ihnen verwehrt.

Dieses Vorgehen ist inakzeptabel. Ich fordere die iranische Regierung dazu auf, Anhänger der Baha'i und von Sufi-Orden sowie anderer religiöser Gruppen, die aufgrund ihres Glaubens verhaftet wurden, umgehend frei zu lassen und die Verfolgung zu beenden. Dies gilt auch für Menschen, die aufgrund ihrer Konversion zu einer anderen Religion, wie dem Christentum, verfolgt und verhaftet werden.



Seite 2 von 2

Religiös begründete Verfolgung muss aufhören. Jeder Mensch hat das Recht, seine Religion oder seinen Glauben frei zu wählen und zu praktizieren. Ich fordere die internationale Gemeinschaft dazu auf, bei der möglichen Neuverhandlung eines Nuklearabkommens mit Iran die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern.“

Markus Grübel MdB
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit

Hintergrund:

Sufis oder Derwische folgen einer spirituellen Auslegung des Islam. Der Orden der Gonabadi-Sufis hat weltweit um die 5 Millionen Anhänger und geht auf das 13. Jahrhundert zurück. Im Februar 2018 protestierten etwa eintausend Anhänger des gegen die Inhaftierung eines Derwisch. Daraufhin wurden 300 festgenommen, es gab fünf Tote und zahlreiche Verletzte.

Auch die Bahá'i-Gemeinschaft in Iran (ca. 300.000 Anhänger) ist seit ihrer Entstehung 1844 Diskriminierung ausgesetzt. Baha'i dürfen ihren Glauben nicht öffentlich leben und leiden ebenso unter willkürlichen Verhaftungen und Folter. Da sie – ebenso wie die Derwische – die religiöse Autorität der Regierung nicht anerkennen, werden sie als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ betrachtet.